

## Aus der Vorstandsarbeit

Der Vorstand der Humanistischen Union hat sich auf seiner Sitzung am 28. und 29. September insbesondere mit organisatorischen und finanziellen Problemen befaßt. Um auch die letzten arbeitstechnischen und finanziellen Rationalisierungsmöglichkeiten auszuschöpfen, wurden drei Vorstandsmitglieder beauftragt, eine eingehende Untersuchung der Verwaltungsarbeit vorzunehmen und zusammen mit dem Geschäftsführer mögliche Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten.

Nach wie vor ist die finanzielle Lage der Humanistischen Union angespannt. So sah sich der Vorstand seinerzeit nicht in der Lage, auf ausstehende Beitragsforderungen einfach zu verzichten. Vor allem den pünktlich ihren Beitrag zahlenden Mitgliedern gegenüber moralisch verpflichtet, beschloß er in einer früheren Sitzung diese Außenstände per Zahlungsbefehl einzufordern. Dieser Beschluß war verständlicherweise mit sehr viel Vorbehalten gefaßt worden. Um so erfreulicher war es nun, dem Bericht über die Durchführung der Zahlungsbefehlsaktion zu entnehmen, daß ein großer Teil der säumigen Mitglieder ihre Beitragsschulden daraufhin bezahlten.

Auf die Petition der HU zum Ausländerrecht hatte Innenminister Genscher ausführlich, aber negativ Stellung genommen. Eingehend prüfte der Vorstand die weiteren Möglichkeiten in dieser Frage. Außer einer ausführlichen Beantwortung des Genscherbriefes, der weitgehend auf Argumentationen der Ministerialbürokratie beruht, wird ein Sachverständigengespräch mit dem Innenminister angestrebt.

Außer der Tagung „Jugendprotest und politische Bildung“ (s. „Mitteilungen“ Nr. 44) beschloß der Vorstand am 5. und 6. Dez. eine Tagung „Die Tabus der deutschen Presse“ in München durchzuführen, (s. auch Ankündigung auf dieser Seite).

## Kurzberichte · Informationen · Einladungen

### HU-Arbeitskreise Kindergarten und Vorschulerziehung

Seit September trifft sich in München regelmäßig der Arbeitskreis Kindergarten u. Vorschulerziehung. Er setzt sich mit theoretischen und praktischen Problemen der repressionsfreien Erziehung in unserer Gesellschaft auseinander und versucht zum Beispiel Empfehlungen für Selbsthilfegruppen

Fortsetzung nächste Seite

## Fritz-Bauer-Preis für Gustav Heinemann

Der von der HU gestiftete Fritz-Bauer-Preis wurde am 28. September dem Bundespräsidenten verliehen.

Den Preis erhalten Persönlichkeiten, „die sich im Sinne der Überzeugungen Fritz Bauers und der Bestrebungen der HU in allgemeiner Weise oder auf einem besonderen Gebiet darum bemüht haben, der Gerechtigkeit und Menschlichkeit in unserer Gesetzgebung, Rechtsprechung und im Strafvollzug Geltung zu verschaffen“. Der Preis wurde 1969 zum ersten Mal verliehen, und zwar an die Leiterin der Frauenstrafanstalt in Frankfurt-Preungesheim, Frau Dr. Helga Einsele.

Prof. Fabian wies in der Laudatio auf das Ungewöhnliche dieser Preisverleihung hin: „Sie sind der erste Präsident eines deutschen Staates, von dem wir uns vertreten fühlen. Wir freuen uns besonders, daß Sie diesen Preis entgegennehmen und daß dadurch die Namen der Justizreformer Fritz Bauer und Gustav Heinemann sichtbar verbunden werden.“ Prof. Fabian dankte dem Bundespräsidenten für seine Arbeit als Justizminister, als er die Reform des Strafrechts, des Eherechts usw. eingeleitet hatte, aber auch dafür, daß er die schwere Bürde des Amtes des Bundespräsidenten auf sich genommen hat, um hier in anderer Weise für seine Überzeugungen und Ansichten einzutreten.

Anschließend fand eine anderthalbstündige Diskussion des Bundespräsidenten mit fünfundzwanzig von der Humanistischen Union benannten Persönlichkeiten unter der Leitung von Prof. Fabian statt. Frau Dr. Einsele eröffnete die Diskussion über Fragen der Reform des Strafvollzugs, insbesondere der Entlassung von Lebenslänglichen und der Ermöglichung des Zusammenlebens von straffälligen Müttern mit ihren Kleinkindern, über den Sozialversicherungsschutz der Häftlinge, über die Betreuung jugendlicher Straffälliger, über die Reform des § 218 StGB (Schwangerschaftsunterbrechung) und über andere aktuelle rechtspolitische Probleme. Über alle Fragen ließ sich der Bundespräsident berichten und gab aus seiner Erfahrung als Justizminister Hinweise für weitere Aktivitäten, bzw. sagte er zu, bestimmte Fälle zu prüfen.

Prof. Fabian und mehrere Diskutanten fragten den Bundespräsidenten, in welcher Form die von der Humanistischen Union vertretenen Anliegen am besten verfolgt werden könnten. „Trommeln Sie“, sagte der Bundespräsident. Es gäbe für alle diese Fragen von gemeinsamem Interesse kein Allheilmittel. Man könne nur immer wieder aufzuklären versuchen und so an der Bewußtseinsbildung arbeiten.

## Die Tabus der deutschen Presse

Zusammen mit der Deutschen Journalisten-Union und dem Verband der deutschen Schriftsteller veranstaltet die HU am Wochenende des 5. und 6. Dezember eine Tagung zum Thema „Die Tabus der deutschen Presse“ in München.

Folgende Referate sind für die Tagung vorgesehen:

1. Vergötzte Ordnung. Zum Gesellschaftsbild unserer Presse (Prof. Dr. H. Schweppenhäuser)
2. Die Arbeitswelt – kein Thema für die Presse? (Hans Dieter Müller)
3. Public relations statt Berichterstattung. Wirtschaftsteil nur für Börsianer? (Dr. Jörg Huffschild)
4. Sentimentalität statt Kritik. Das Presse-schicksal der sozial Unterprivilegierten. (Günter Wallraff?)
5. Sensation statt Information. (NN)
6. Straflust statt Rechtsbewußtsein. Die Gerichtsreportage als repressives Ritual. (Richter Helmut Ostermeyer)

7. Fragen der Auslandsberichterstattung. (Ansgar Skriver)

8. Pardon wird nur nach oben gegeben. Journalistensprache als Öffentlichkeitskastration. (Prof. Dr. U. Sonnemann)

Die Tagung wird abgeschlossen mit einer Podiumsdiskussion mit Pressepraktikern und einem Schlußreferat von Eckart Spoo (Landesvorsitzender der Deutschen Journalisten-Union): „Die Notwendigkeit struktureller Änderungen in der Presse.“ Am Abend des 5. Dezember besteht die Möglichkeit zu Arbeitsgruppengesprächen mit den Referenten.

(Die Tagungskarte kostet DM 6.—, für Mitglieder der veranstaltenden Organisationen, Studenten usw. DM 2,50).

Interessenten wenden sich bitte umgehend an: Humanistische Union, 8 München 23, Destouchesstr. 48, Tel. 0811/30 20 96 / 7. Sie erhalten das endgültige Tagungsprogramm sofort nach Fertigstellung.

pen und Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln.

Diskussionsgrundlage bilden die Erfahrungen des Kindergarten Pasing (vgl. Vorgänge Nr. 5). Das Kindergartenseminar der HU in Wiesbaden bestimmte die Arbeit im Kindergarten wesentlich.

Besonderer Wert wird auf ein nicht leistungsorientiertes, emotionales Selbstverständnis, auf die Befähigung zu einem kritischen sozialen Verhalten und auf die Entfaltung von Kreativität und Spontanität gelegt. Den parallel geförderten seelisch oder geistig gestörten Kindern werden keine isolierten Fertigkeiten beigebracht, sondern es wird eine Förderung der Gesamtpersönlichkeit versucht. Sie erfahren ihre eigenen Bedürfnisse und lernen, sich ihrer Stärken bewußt zu werden und ihre Schwächen selbständig zu beherrschen. Die Elternarbeit wird durch eine analytische Müttergruppe seit September intensiviert.

**Die Teilnehmer des Arbeitskreises bitten die Mitglieder der HU um Unterstützung dieses vielversprechenden Modells. Der Kindergarten Pasing ist ein gemeinnütziger Verein und kann Spendenquittungen ausstellen. Spenden werden auf das Konto**

**197076 der Hypo München-Pasing erbeten.**

In Nordrhein-Westfalen hat sich im Rahmen des Landesverbandes ebenfalls am 26. September ein „Arbeitskreis Vorschulziehung“ konstituiert. Sprecherin des Arbeitskreises wurde Frau Ursula Popp, 4200 Qberhasen-Sterkrade-Nord, Forststr. 35, Schriftführer Karl Cervik, 4300 Essen, Carmerstr. 15. Der Arbeitskreis beschloß ein 12-Punkte-Programm.

#### § 218

In NRW soll eine Kampagne für die Legalisierung der Schwangerschaftsunterbrechung durchgeführt werden. Fest geplant sind bisher **Podiumsdiskussionen** in Köln (13. 11. 70, 19.30 Uhr im Wallraf-Richartz-Museum), Dortmund (17. November 70) und Essen (20. 11. 70) sowie Unterschriftensammlungen unter einen offenen Brief an Justizminister Jahn am 14. 11. 70 (Köln), 21. 11. 70 (Düsseldorf) und 28. 11. 70 (Essen). Hierzu sollen im Zentrum Informationsstände aufgebaut und eventuell Demonstrationen durchgeführt werden. Wir suchen noch dringend Personen, die bereit sind, sich aktiv zu beteiligen (z. B. für die Informationsstände und zur Flugblattverteilung). Auskünfte: Ortsverbände oder Landesver-

band NRW, Klawitter, 43 Essen, Klingemannstr. 16, Tel. 02141/27 80 06.

#### OV Köln

Außer der o. e. Podiumsdiskussion plant der OV Köln im Winter 1970/71 zwei weitere öffentliche Veranstaltungen. Am 11. 12. 70 wird der HU-Vorsitzende Prof. Dr. Walter Fabian über „Ist die BRD ein sozialer Rechtsstaat?“ und am 15. 1. 1971 Dr. Joachim Kahl über „Atheismus und Sozialismus als neue Form des Humanismus“ sprechen. Beide Veranstaltungen finden im Französischen Kulturinstitut in Köln, Sachsenring 77, um 20 Uhr statt.

Zum 6. 11., 20 Uhr lädt der OV zu einer Mitgliederversammlung ins Restaurant Haus Balchem, Severinstraße 14, ein. Theo Schiffermann (Soziologiedozent der VHS) spricht „Zur Ideologie des Leistungsprinzips“.

#### Sozialpolitischer Arbeitskreis

Im OV Essen wurde ein sozialpolitischer Arbeitskreis gegründet. Der Arbeitskreis will sich zunächst v. a. des Obdachlosenproblems annehmen.

**Es werden dringend aktive Mitarbeiter gesucht!** Interessenten wenden sich bitte an OV Essen, Karl-Cervik, 4300 Essen, Carmerstraße 15.

## DISKUSSION

### HU und Linksradikalismus

Seit langem fällt mir auf, daß zwar gegen rechtsradikale Tendenzen von der Humanistischen Union berechtigte Kritik geübt wird, daß aber Kritik gegen linksradikale Tendenzen vollkommen eingestellt worden ist. Herr Leo Derrik versichert mir zwar, daß im Prinzip gegen rechten und linken Totalitarismus gekämpft werde, daß jedoch die Gefahr von rechts ungleich größer und daher ihre Bekämpfung vorranglicher sei.

Dieser Meinung bin ich nun ganz und gar nicht. Ich glaube, daß die Gefahr von links sogar größer ist als die von rechts. Die Unterwanderung unserer Hochschulen durch linksradikale Gruppen und der von ihnen ausgeübte geistige Terror, zum Beispiel bei der Berufung von Dozenten usw., hat kein Gegenbeispiel von rechts. Das Vordringen linksradikaler Ideen in unserer Jugend ist überaus besorgniserregend. Diese Ideen sind ausgesprochen totalitär und kennen keine Toleranz gegen Andersdenkende. Es wird selbstverständlich davon ausgegangen, daß sie mit Gewalt gegen die Mehrheit durchgesetzt werden.

Auf der anderen Seite sind wir konfrontiert mit einer totalitären sozialistischen Großmacht, die die gewaltsame Weltrevolution auch heute noch zum offiziellen Programmpunkt gemacht hat. Daß sie in der Praxis auch so verfährt, hat sich vor kurzem in der Tschechoslowakei gezeigt.

Es ist mir daher unaufällig, wie man davon sprechen kann, daß die Gefahr des linken Totalitarismus praktisch keiner Aufmerksamkeit mehr bedarf.

Hier gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder können die führenden Kräfte der HU diese Gefahr nicht erkennen, oder sie wollen sie nicht erkennen.

Ich bin sicher, daß es genügend Mitglieder in der HU gibt, die dagegen diese Gefahr durchaus sehen und der Meinung sind, daß sie ebenso wie der Rechtsradikalismus bekämpft werden muß. Gerade in der heutigen Zeit, wo unsere Regierung, was ich sehr begrüße, eine neue Außenpolitik betreibt, ist es wichtig, daß wir auf geistigem und ideologischem Gebiet gegen Unterwanderung besonders wachsam sind. Verständnisbereitschaft gegenüber dem Osten darf nicht als Kapitulation vor dessen totalitärer Idee verstanden werden.

Diejenigen Mitglieder der Humanistischen Union, die dieser Meinung sind, müssen mehr zu Wort kommen. Ich bitte daher alle solchen Mitglieder, mir zu schreiben und mit mir zusammen zu überlegen, wie man dies in die Wege leiten kann.

Hans Riempp, Ravensburg

### Die Intoleranz kirchlicher Manipulationen

Herr Bäumer behauptet in den „Mitteilungen“ Nr. 44 eine eventuelle HU-Kampagne zur Förderung der Kirchaustritte widerspreche „wohl in offener Intoleranz unserem Wahlpruch: Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden“. Wo aber bleibt diese Freiheit bei Staatskirchen, die schon Säuglinge zu ihren Mitgliedern machen und die die Heranwachsenden später durch ihre Propaganda in Kindergarten, Schule, Bundeswehr, Rundfunk und Fernsehen bei der Stange halten? In dieser hinterlistigen Art der Mitgliederwerbung, in dieser systematischen Indoktrinierung durch Mißbrauch staatlicher Einrichtungen — in diesen Manipulationen liegt die Intoleranz und nicht in HU-Aktionen, die keinem wehtun, außer ein paar machtüsteren Klerikern.

Herr Bäumer ist ferner gegen Kirchaustritts-Aktionen, weil jeder das Problem seiner Kirchenmitgliedschaft bzw. seines Austritts „ohne Schwierigkeiten selbst lösen“ könne. Tatsächlich aber befürchten viele als Folge

eines Kirchaustritts (natürlich oft zu Unrecht) Nachteile z. B. für ihre schulpflichtigen Kinder, im Beruf oder bei der Suche nach einem Kindergartenplatz. All diese Ängste und Abhängigkeiten sind nur zu beseitigen durch massenhafte Kirchaustritte, die ihrerseits aber u. a. durch HU-Aktionen herbeigeführt bzw. gefördert werden müßten.

Oberflüssig sind derartige Aktionen erst dann, wenn die Kirchen sich bei ihrer Mitgliederwerbung nicht mehr an Kinder, sondern an Erwachsene halten. Das zu erreichen, wäre für die HU allerdings eine Aufgabe, die wesentlich wichtiger ist als die Kirchaustrittswerbung.

Rütger Schäfer, Marburg

### Parteienfinanzierung aus Steuergeldern nicht zu umgehen

Was Herr Bäumer in seinem Diskussionsbeitrag („Mitteilungen“ Nr. 44) hinsichtlich der Finanzierung von Parteien und Verbänden durch Steuergelder zusammenfaßt, muß getrennt werden: „Parteien“ und „Verbände“ sind zwei Paar Stiefel! Die Unterstützung für Verbände ist in der Tat ein zweischneidiges Schwert. Herr Bäumer erwähnt die Vertriebenenverbände. Im Prinzip kann die Verbandssubventionierung in Frage gestellt werden. Nur: nicht alle Verbände (auch notwendige!) sind finanzstark. Hetzveranstaltungen ewig Gestirger zu finanzieren, ist tatsächlich zu viel verlangt. Wenn aber die Pflege alten Kulturguts und Brauchtums nicht anders möglich ist, würde nichts gegen die Subventionierung sprechen. Auf jeden Fall ist diese Frage der Diskussion wert.

Anders steht es mit den Parteien. Herr Bäumer spricht von „sich selbst zu gelegter Bedeutung“. Die Bedeutung der Parteien ist nicht „selbst zugelegt“, eine Alternative zum Parteienstaat noch nicht gefunden (lediglich der autoritäre Führerstaat — und der ist in jeder Beziehung teuer). Das Räte-system ist es auch nicht: ich wähle nur Wahlmänner auf der politisch bedeutungslosen unteren Ebene, alle anderen Chargen mauscheln dann unter sich. Ich habe dabei noch weniger mitzuentcheiden als heute, auch dürfte die pseudodemokratische Forderung nach ständiger Abwählbarkeit die Vertretungskörperschaften nach kurzer Zeit von allen Minderheiten freimachen und somit eine Einparteienherrschaft etablieren. . . .

Parteien sind ein wesentliches Element des parlamentarisch regierten Staates. Sicher wäre es wünschenswert, daß sie sich aus Mitgliedsbeiträgen finanzieren, drei- bis viermal soviel Mitglieder wie heute könnten alle Parteien durchaus haben. Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so!

Daher bleiben zur Finanzierung der Parteien nur zwei Wege: Staatszuschuß oder Unterstützung durch Interessenvertreter. Daß Interessenvertreter keine ihren Interessen zuwiderlaufende Politik unterstützen, ist wohl klar — Ihnen gegenüber begeben sich die Parteien ihrer Freiheit, wollen sie nicht ihren wirtschaftlichen und damit auch politischen Bankrott riskieren. Das Abstraktum „Staat“ ist politisch neutral, wer ihn leitet und verwaltet, ist diesem reinen Begriff (das ist nämlich „der Staat“) gleichgültig.

Fazit: Da es ohne Parteien nicht geht, ihre Abhängigkeit von mächtigen Gruppen (sie besteht ohnehin — es kommt auf das Ausmaß an!) verderblich wäre, die Mitgliederzahlen aber zu klein sind, bleibt nichts anderes als die „Wahlkampfkostenersatzung“ aus Steuergeldern — ein Trick des gottlob in der Realität lebenden Bundesverfassungsgerichts.

Daß dadurch die NPD auch finanziert wird, ist in der Tat unerfreulich — umgekehrt war für viele auch die Finanzierung der ADF 1969 ein Ärgernis.

Egbert Wenzel, Kassel-Kirchdörmold

Für diese Mitteilungen ist Leo Derrik verantwortlich, für den Diskussionsteil Jürgen Scheschkewitz. Humanistische Union e. V., 8 München 23, Destouchesstraße 48, Telefon: 30 20 96 / 97. Redaktionsschluß 26. Oktober

Bezugspr. im Mitgliedsbeitrag der Humanistischen Union enthalten. Konten: Bank für Gemeinwirtschaft München 1700678. Postscheck München 104200. Diesen Mitteilungen liegt ein Flugblatt der Pinel-Gesellschaft bei.